

Pressemeldung des Deutschen Hebammenverbandes für den 14. März 2009

Hebammenverband fordert fundierte Beratung vor künstlicher Befruchtung

Kinderlosigkeit ist für viele Paare sehr belastend und häufig erscheint eine künstliche Befruchtung als einziger Ausweg. „Der Hebammenverband respektiert den Wunsch der Frauen und Paare nach dem eigenen Kind. Wir verlangen aber eine gründliche Aufklärung, denn eine künstliche Befruchtung ist ein invasiver Eingriff mit häufig schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen für die Frauen“, so Helga Albrecht die Präsidentin des Verbandes. Intensive Hormonbehandlungen, die eine künstliche Befruchtung erst möglich machen, führen bei den Frauen mit Kinderwunsch häufig zu gravierenden, oft monatelang anhaltenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen, wie Stimmungsschwankungen und Wassereinlagerungen in Lunge und Bauchraum. Auch eine Erhöhung der Tumorraten wird in Zusammenhang mit Hochdosen an Hormonen diskutiert.

Die Politik versucht mit Hilfe der künstlichen Befruchtung die Geburtenrate im Land dauerhaft nach oben zu korrigieren. Vor Tagen ist bekannt geworden, dass die Steuerzahler die Kosten für künstliche Befruchtungen übernehmen sollen.

Sachsen ist in dieser Frage zum Vorreiter geworden: Seit März erhalten verheiratete Paare eine Pauschale von jeweils bis zu 900,- Euro. Für den vierten Behandlungsversuch soll ein Zuschuss von 1600,- bis 1800,- Euro bezahlt werden, so die sächsische Familienministerin Christine Clauß (CDU).

Kontakt: Dr. Edith Wolber Pressestelle des Deutschen Hebammenverbandes

Bergstr. 3 in 74909 Meckesheim, Telefon 06226 – 429400, Mail wolber@hebammenverband.de